

## URGENT ACTION

# EINIGE FREI, HUNDERTE WEITERHIN WILLKÜRLICH INHAFTIERT

## VENEZUELA

UA-Nr: UA-072/2024-3 AI-Index: AMR 53/0225/2025 Datum: 25. August 2025 – bs

Freigelassen

**PEDRO GUANIPA** (unter Hausarrest)

**RAFAEL RAMÍREZ** (unter Hausarrest)

**AMÉRICO DE GRAZIA**

und zehn weitere Personen

Weiterhin in Haft: **PERKINS ROCHA, BIAGIO PILIERI, FREDDY SUPERLANO, LUIS SOMAZA, ALFREDO DÍAZ, LUIS PALOCZ, RICARDO ESTEVEZ, JESÚS ARMAS, MARÍA OROPEZA, NÉLIDA SÁNCHEZ, ROLAND CARREÑO** und **EDWIN MOYA** sowie Hunderte weitere Personen

Zwischen dem 23. und 24. August 2025 wurden in der venezolanischen Hauptstadt Caracas 13 aus politischen Gründen willkürlich inhaftierte Gefangene aus der Haft entlassen. Alle 13 nun Freigelassenen waren in El Helicoide, einem vom Geheimdienst (SEBIN) betriebenen Haftzentrum, inhaftiert. Zu ihnen gehörten Pedro Guanipa, Rafael Ramírez und Américo de Grazia. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation *Foro Penal* werden weiterhin 816 Personen aus politischen Gründen in willkürlicher Haft gehalten. Nach wie vor nehmen die Sicherheitskräfte routinemäßig Menschen aus politischen Gründen fest. Präsident Maduro muss dafür sorgen, dass alle willkürlich Inhaftierten freigelassen werden. Bis dahin müssen ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit geschützt und menschenwürdige Haftbedingungen gewährleistet werden.

13 Personen, die willkürlich aus politischen Gründen inhaftiert waren, wurden im August unter Auflagen aus der Haft entlassen. Die Anklagen gegen die Freigelassenen wurden jedoch nicht fallengelassen, und Hunderte weitere Menschen sind in Venezuela immer noch zu Unrecht inhaftiert.

Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Juli 2024 wurden mehr als 2.200 Männer, Frauen und Kinder willkürlich inhaftiert und unfairen Gerichtsverfahren unterzogen, viele davon ohne jeglichen Grund. Viele andere wurden inhaftiert, nur weil sie ihr Recht auf Protest wahrgenommen haben und dann wegen Delikten wie Verschwörung oder Aufstachelung zum Hass angeklagt. Unzählige Menschen wurden inhaftiert, weil sie abweichende politische Ansichten vertraten und äußerten, darunter auch einige der kürzlich aus El Helicoide in Caracas Entlassenen.

Amnesty International hat in mehreren Urgent Actions die Freilassung und den Schutz dieser Tausenden von Opfern gefordert. Im April 2025 reagierte Amnesty mit Besorgnis auf Berichte darüber, wie die venezolanischen Behörden das Schicksal und den Aufenthaltsort von Gefangenen zurückhalten und verheimlichen oder sie über längere Zeit in Haft ohne Kontakt zur Außenwelt halten und sie damit absichtlich in eine schutzlose Lage zu bringen, in der sie leicht gefoltert und auf andere Weise misshandelt werden können. Viele dieser Situationen kamen dem Verschwindenlassen gleich.

Am 23. bzw. 24. August 2025 wurden Américo de Grazia, Pedro Guanipa und Rafael Ramírez aus der Untersuchungshaft entlassen. Américo de Grazia bleibt bis zum Ende seines Strafverfahrens in Freiheit, während Pedro Guanipa und Rafael Ramírez unter Hausarrest stehen. Obwohl es eine gewisse Erleichterung darstellt, dass diese Menschen nicht mehr von ihren Familien getrennt sind, ist es nach wie vor besorgniserregend, dass die Strafverfahren gegen sie nicht eingestellt wurden und weiterhin viele Menschen in Venezuela willkürlich festgehalten werden. Den Behörden Venezuelas muss bewusst sein, dass Verschwindenlassen und Folter Handlungen sind, die nach den internationalen Menschenrechtsnormen streng verboten sind. Diejenigen, die für derartige

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO SozialBank . IBAN: DE23370205000008090100

BIC: BFSWDE33XXX

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, könnten von unabhängigen Gerichten auch außerhalb Venezuelas untersucht und strafrechtlich verfolgt werden.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Bereits seit über einem Jahrzehnt herrscht in Venezuela eine schwere Menschenrechtskrise. In dieser Zeit hat Amnesty International über schwere Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und eine komplexe humanitäre Notlage berichtet, die mehr als 25 % der Bevölkerung zur Flucht aus dem Land veranlasst hat. Die anhaltende politische Unterdrückung durch die Regierung von Nicolás Maduro, die darauf abzielt, jede Form von tatsächlichem oder vermeintlichem Dissens zum Schweigen zu bringen, hat nach den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024 ein historisches Ausmaß erreicht. Die systematischen Verfolgungen, die nach diesem Zeitpunkt registriert wurden, entsprachen denen des vorangegangenen Jahrzehnts und bestehen auch im August 2025 noch fort.

Seit dem 28. Juli 2024 wurden mehr als 2.200 willkürliche Festnahmen von Demonstrierenden, politischen Gegner\*innen, Aktivist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen und sogar Passant\*innen registriert. Diese Tausende kommen zu den mindestens 300 Personen hinzu, die seit den Wahlen inhaftiert wurden. Fast alle diese Personen wurden willkürlich strafrechtlich verfolgt und des Terrorismus und der Aufstachelung zum Hass beschuldigt, viele von ihnen nur, weil sie mit der derzeitigen Regierung nicht einverstanden sind. Auch Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderungen fielen diesen Menschenrechtsverletzungen zum Opfer, und viele von ihnen waren zusätzlich Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt. Nach Angaben der venezolanischen Nichtregierungsorganisation *Foro Penal* befanden sich am 21. August 2025 mindestens 815 Personen in politischer Haft, und der Aufenthaltsort von 45 Personen war unbekannt. Diese Zahlen sind seit den Haftentlassungen vom 23. und 24. August noch nicht aktualisiert worden.

## SCHREIBEN SIE BITTE

### E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Lassen Sie Perkins Rocha, Biagio Pilieri, Freddy Superlano, Luis Somaza, Alfredo Díaz, Luis Palocz, Ricardo Estevez, Jesús Armas, María Oropeza, Nélida Sánchez, Roland Carreño und Edwin Moya und alle weiteren aus politischen Gründen inhaftierten Personen unverzüglich frei.
- Im Gewahrsam des Staates muss jede inhaftierte Person das Recht auf Schutz ihres Lebens und ihrer Sicherheit sowie auf alle Garantien für ein faires Gerichtsverfahren haben, wie z. B. die Wahl einer rechtlichen Vertretung ihrer Wahl, angemessene medizinische Versorgung und Familienbesuche.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

### APPELLE AN

#### PRÄSIDENT

Nicolás Maduro  
Palacio de Miraflores, Av. Nte. 10, Caracas 1012  
Caracas  
VENEZUELA  
(Anrede: President Maduro / Señor Presidente /  
Sehr geehrter Herr Präsident)

### KOPIEN AN

#### BOTSCHAFT DER BOLIVARISCHEN REPUBLIK VENEZUELA

S.E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira  
Schillstraße 10  
10785 Berlin  
Fax: 030 – 83 22 40 20  
E-Mail: [embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de](mailto:embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. Januar 2026** keine Appelle mehr zu verschicken

Weitere Informationen zu **UA-072/2024** (AMR 53/8390/2024, 2. August 2024; AMR 53/8396/2024, 8. August 2024 und AMR 53/9257/2025, 24. April 2025)

## PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- We call on you to immediately release all those arbitrarily detained for political reasons, including those individuals mentioned above. While in custody of the state, every detainee must see their life and safety protected, as well as all fair trial guarantees, such as naming their lawyer of choice, receiving adequate medical care, and being granted family visits.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Aufbauend auf der im April 2024 gestarteten Urgent Action hat Amnesty International einen Bericht veröffentlicht, in dem 15 Personen vorgestellt werden, deren Geschichten die weit verbreitete Praxis des Verschwindenlassens von Personen in Venezuela belegen, insbesondere zwischen August 2024 und Juni 2025. Am 11. August 2025 waren acht dieser Personen weiterhin verschwunden: die Kolumbianer Damián Rojas, Danner Barajas, die Spanier Andrés Martínez, Eudi Andrade, Jorgen Guanares, Jose María Basoa, die Ukrainer Rory Branker und Yevhenii Petrovich Trush. Der Aufenthaltsort von Alfredo Díaz, Dennis Lepaje, Eduardo Torres, Raymar Pérez und Rosa Chirinos wurde ermittelt, aber sie werden weiterhin willkürlich festgehalten.

Die venezolanische Regierung fährt einen harten Unterdrückungskurs gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivist\*innen, indem sie sie einschüchtert, zensiert und kriminalisiert. Darüber hinaus agiert die Zivilgesellschaft in einem Umfeld, in dem Grundrechte wie die Rechte auf Gesundheit, Bildung und Zugang zu Nahrungsmitteln nicht gegeben sind. Dies hat dazu geführt, dass Venezolaner\*innen das Land in großer Zahl verlassen, um anderswo Schutz zu suchen. Bis Dezember 2024 hatten 7,9 Millionen venezolanische Staatsangehörige das Land verlassen.

Seit 2020 hat die UN-Ermittlungsmission für die Bolivarische Republik Venezuela Hunderte Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, willkürlichen Inhaftierungen und Folter oder Misshandlungen dokumentiert, die seit 2014 in Venezuela begangen worden waren. Die Ermittlungsmission hat zudem dokumentiert, wie die Regierung das Justizsystem instrumentalisiert, um Menschen zu unterdrücken, und ist zu dem Schluss gekommen, dass einige der völkerrechtlichen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrachten sind. In einem 2024 veröffentlichten Bericht weist die Ermittlungsmission darauf hin, dass berechtigte Gründe für die Annahme bestehen, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Verfolgung aus politischen Gründen in ihrem Mandatszeitraum begangen wurde.

Seit November 2021 führt die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren zu der Lage in Venezuela durch und konzentriert sich dabei insbesondere auf von den Sicherheitskräften, zivilen Behörden und regierungstreuen Gruppen (*Colectivos*) begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie „Inhaftierung und andere schwere Formen des Entzugs der körperlichen Freiheit; Folter; Vergewaltigung und andere Formen der sexualisierten Gewalt [sowie] Verfolgung aus politischen Gründen“.

